

CHRISTIAN BRÜTT

# Nach Hartz: Unter Führung der Expertokratie vorwärts auf dem Weg des Neoliberalismus

**Am 15. März 2002 hatte Bundeskanzler Schröder die »Kommission Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (»Hartz-Kommission«) eingesetzt. Das fünfzehnköpfige Gremium legte am 16. August einen 343 Seiten umfassenden Endbericht vor. Dessen Empfehlungen wurden bereits zwei Tage später auf einer Parteikonferenz der SPD, drei Tage später durch den Vorstand von Bündnis 90/Die Grünen und weitere zwei Tage darauf durch einen Kabinettsbeschluss zum Standpunkt der Bundesregierung gemacht.**

**Kurz vor der Bundestagswahl betreibt Rot-Grün eine rabiat auftretende Konsensual-Politik, die jedoch nicht als Wahlkampfklamauk abgetan werden kann. Diese Kommission war mehr als nur ein weiteres ExpertInnen-Gremium, das sich mit der Arbeitslosigkeit in Deutschland befasste. Ihre Arbeitsergebnisse weisen weit über eine einfache Reform der Bundesanstalt für Arbeit und der Arbeitsmarktpolitik hinaus. Hinter den einzelnen Maßnahmen steht ein schlüssiges Gesamtkonzept, mit dem ein neues Leitbild zur zukünftigen Rolle der Arbeitskraft im »aktivierenden Sozialstaat« durchgesetzt werden soll. Es geht um eine Nejustierung der »Ware« Arbeitskraft. Im Mittelpunkt steht nicht das »Rechtssubjekt ArbeitnehmerIn«, sondern das »Wirtschaftsobjekt Arbeitskraft«.**

**Neu daran ist jedoch nicht, dass staatliche Maßnahmen zur Marktfähigkeit und -gängigkeit von Arbeitskraft beitragen oder sie herstellen sollen. Neu ist die Art und Weise, wie dies geschieht. Interessens-aushandlung wird durch Management ersetzt, soziale Gerechtigkeit durch Teilhabe bzw. Inklusion, Demokratisierungsansprüche durch Dienstleistungsansprüche, das Rechtssubjekt ArbeitnehmerIn durch die Kundin bzw. den Kunden mit eingeschränkten Souveränitätsrechten.**

Berlin, im August 2002

Den Anlass für die Bestellung der Hartz-Kommission bildeten die geschönten Vermittlungszahlen bei der Bundesanstalt für Arbeit. Erstes Ziel war eine Verwaltungsreform unter der Maßgabe neuer Steuerungsmodelle. Als Ergebnis liegt nunmehr ein Bericht vor, der nicht nur die Arbeitsämter, sondern auch die ArbeitnehmerInnen, insbesondere die Arbeitslosen, einer neuen Steuerungsphilosophie unterwirft und das Machtgefüge innerhalb der Arbeitswelt massiv zugunsten der Arbeitgeber verschiebt.

## Anreizpolitik

Nachdem bereits im Mai 1999 existenzsichernde, sozial- und tarifrechtlich abgesicherte Löhne von den sozialdemokratischen Experten Wolfgang Streeck und Rolf G. Heinze in einem Beitrag für den *Spiegel* als »Luxus« bezeichnet wurden, scheint sich dieses Denken im Hartz-Papier fortzusetzen. Arbeitsämter zu Profitcenter! Die staatliche Struktur verhindert Arbeitsplätze. Private Arbeitsvermittlung in Leiharbeitsgesellschaften schafft geradezu welche! Arbeitsmarktprobleme werden im Hartz-Bericht überwiegend als sog. »Mismatch-Probleme« behandelt. Dabei wird davon ausgegangen, dass Arbeitsplatznachfrage und Arbeitsplatzangebot nicht zusammen kommen, weil 1. die Arbeitskräfte nicht ausreichend qualifiziert seien, 2. eine Arbeitskraft in einem Teil des Landes gesucht werde, aber nicht hier, sondern nur in einem anderen Teil zur Verfügung stehe und 3. Arbeitskräfte einfache Jobs nicht aufnehmen, weil die Sozialleistungen zu hoch seien. Andere, z. B. strukturelle Gründe der Massenarbeitslosigkeit wie fehlendes Wirtschaftswachstum, Deindustrialisierung in Ostdeutschland und insgesamt zu niedriges Arbeitsplatzangebot bleiben ausgeblendet. Folgerichtig wird die Lösung vor allem in einem konsequenten Matching gesehen.

Das Problem wird zum einen bei den Rechten der Arbeitslosen und der ArbeitnehmerInnen verortet (z. B. Zumutbarkeitskriterien, Modul 3), die dem entsprechend zum Wohle der Betroffenen selbst weiter beschnitten werden sollen: Wenn die Vermittlungsdauer mit Hilfe der »Neuen Zumutbarkeit«, der »familienfreundlichen Quickvermittlung« (Modul 2) sowie der an die Leiharbeitsvermittlungstätigkeit der »PersonalServiceAgentur (PSA) (Modul 8) von durchschnittlich 33 auf 22 Wochen gesenkt wird, bleibt die Frage, ob damit tatsächlich neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, und wenn ja, welche Qualität sie haben. Doch die Qualität von Lohnarbeit steht in diesem Konzept nicht zur Debatte. Zum anderen müssten auch die Restbestände der paritätischen Selbstverwaltung durch ein neues Steuerungsmodell ersetzt werden, um effektive, aktivierende Arbeitsmarktpolitik durch die neue Bundesanstalt für Arbeit gewähren zu können. Somit gelten auch Mitbestimmungsrechte als Hindernisse des Arbeitsmarkts. Demokratische Entscheidungsprozesse sind aus ihrer Logik heraus langsamer und stören anscheinend, wenn es um eine Beschleunigung von Prozessen geht.

## Negative Anreize für Arbeitskräfte

Arbeitslose lernen, dass sie eigentlich keine Arbeitslosen, sondern KundInnen sind, die wiederum von anderen KundInnen, früher Arbeitgeber genannt, »ausgeliehen« werden können. Organisiert wird der Handel von

der PSA, deren zentrales Anliegen »Kundenzufriedenheit« ist. Damit das gelingt, arbeitet dieses »Herzstück des Abbaus der Arbeitslosigkeit« (Hartz) nicht nur mit modernsten, datenschutzrechtlich bedenklichen Erfassungstechniken, sondern kann auch auf Anreizsysteme zurückgreifen: Wenn der Kunde Arbeitsloser nach drei bis sechs Monaten immer noch kein Zeit- und Leiharbeiter werden will, werden die ohnehin schon gekürzten Gelder nochmals gekürzt. Das gleiche gilt, wenn insbesondere junge, ledige, kinderlose PSA-Kunden sich weigern sollten, ihre sozialen Bindungen für irgend einen Job aufzugeben und von Berlin nach Baden-Baden umzuziehen. Drastischer klingt es für jugendliche Arbeitslose ohne Ausbildung: »Aus der Not wird eine Tugend gemacht. Ausbildung und Qualifizierung in anderen Regionen Deutschlands und Europas (sic!) ist besser als keine Ausbildung« (Kommission 2002: 108, Modul 4). Das stimmt jedoch nur, wenn es sich dabei nicht um eine Zwangsverschickung handelt. Zudem scheint es strukturpolitisch widersinnig, Arbeitskräfte aus ohnehin strukturschwachen Regionen abzuführen, um sie in strukturstarken Regionen auszubilden oder zu beschäftigen. Wird es in Ostdeutschland künftig noch junge Singles geben?

Doch im Rahmen der »Neuen Freiwilligkeit« (Modul 3) gibt es keinen Zwang, da schließlich alle Maßnahmen auf einer freiwilligen Zielvereinbarung beruhen: »Niemand ist gezwungen, eine angebotene Stelle anzunehmen, in die PSA einzutreten oder an einer Maßnahme zur Integrationsförderung teilzunehmen« (ebda., 97).

## Anreize für KundInnen nach Gruppen

### ArbeitgeberInnen

Qualifizierte Vorauswahl / Bewerbungsgespräche durch das Job-Center  
bei positiver oder neutraler Arbeitsplatzbilanz Erlasse bei den Arbeitslosenversicherungsbeiträgen  
Neutralisierung des Kündigungsschutzes bei Leih- und Zeitarbeit durch PSA  
Ausbildungszeit-Wertpapier (AZWP) finanziert Ausbildungsplätze – zurück zum Lehrgeld?  
Senkung des Arbeitgeberanteils der SV-Beiträge bei Einstellung Älterer  
Einschränkung des Kündigungsschutzes bei Älteren  
Abwälzen betriebsbezogener Qualifizierungsmaßnahmen auf PSA und somit auf Kosten der Arbeitslosenversicherung

### ArbeitnehmerInnen

Statt Rechtssubjekt mit Schutzrechten, KundIn mit Mitwirkungspflichten  
KundIn, VertragspartnerIn der Zielvereinbarung ohne KonsumentInnensovereänität  
Neue Zumutbarkeitsregelungen für junge und alleinstehende Arbeitslose  
Verschärfte Sanktionen bei verspäteter Meldung beim Arbeitsamt  
Niedriglohnreize  
Verleihbarkeit  
Einbringen von Resturlaub und Überstunden zur Arbeitssuche, d. h. konkret bei Kündigung zusätzlicher Lohnverlust  
Konservatives Familienbild durch Quick-Vermittlungs-Modus für Familien  
Lohnsubventionspolitik und Neuaufteilung steuerfinanzierten Sicherungssysteme (Arbeitslosen- und Sozialhilfe) kann zur Abschaffung der faktischen Mindestlohnwirkung der Sozialhilfe und somit zur Senkung des gesamten Lohngefüges führen  
Weitere Spaltung in »würdige« und »unwürdige« Arme, spricht: SozialgeldempfängerInnen  
Bridgesystem: Kürzen des Arbeitslosengeldanspruchs um 25 Prozent bei Wahrnehmung der »kostenneutralen« Ausstiegsmöglichkeit ab dem 55. Lebensjahr  
Lohnversicherung: Kombilohn für Ältere mit Anreiz zur Aufnahme eines Niedriglohnjobs

Aber ohne (Einhaltung der) Zielvereinbarung keine Existenzsicherung, oder wie es die Bundesregierung unter Kohl einmal in einer Antwort auf eine Große Anfrage zum Thema Armut formuliert hat: »Hilfempfähler werden nicht zur ›Arbeit gezwungen‹. Nach § 25 Abs. 1 BSHG hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt, wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten« (BT-Drs. 10/6055, 22).

Musste früher das Arbeitsamt den Arbeitslosen nachweisen, dass ein Job zumutbar ist, soll nun die Beweislast, dass ein Job unzumutbar ist, bei den Arbeitslosen resp. Kunden liegen. Falls das alles noch nicht hilft, existieren bereits in vielen Kommunen Stabsstellen oder Beschäftigungsgesellschaften, in denen Kunde Arbeitsloser für zusätzliche anderthalb Euro pro Tag, die zur – seit Jahren nicht mehr existenzsichernden – Sozialhilfe hinzugeschlagen werden, endlich sein gesuchtes Gut erhält: Arbeit bzw. in der Fachterminologie »Hilfe zur Arbeit«.

Damit »Kunde und Mitarbeiter des JobCenter (...) sich auf gleicher Augenhöhe« begegnen (Kommission 2002, 97, Modul 3), unterliegen beide einem Anreizsystem. Angestellte der JobCenter stimmen einer organisationsinternen Zielvereinbarung zu, die mit »ergebnis- und leistungsorientierten Vergütungskomponenten« (Kommission 2002, 182, Modul 10; s. a. 89, Modul 2) verknüpft ist. Damit erreicht die Anreizlogik eine gewisse ungleiche Reziprozität: Positive Ergebnisse im Sinne einer schnellen Vermittlung sind verpflichtend (Angebotspflicht des Vermittlers) und attraktiv, weil lohnend für den Dienstleister. Positive Ergebnisse lassen sich nötigenfalls mit einem flexibel und individuell handhabbaren Sanktionsinstrumentarium durchsetzen (Annahmepflicht des Arbeitslosen). Das einzige Instrument, das den KundInnen zur Verfügung steht, ist etwas schwerfälliger; sie werden auf den Gang zum Sozialgericht verwiesen.

## Positive Anreize für Arbeitgeber

Auch für die zweite Kundengruppe hält das Hartz-Konzept Anreize bereit, die jedoch durchgehend »positiv« sind, also mit Belohnungen arbeiten. Arbeitgeber erhalten einen umfassenden Einblick in das zur Verfügung stehende Humankapital-Angebot, da alle Arbeitslosen (seit dem Job-AQTIV-Gesetz ist dies möglich) einem sog. »Profiling« unterzogen, also ihre Qualifikation, Motivation, soziale Kompetenz etc. »vermessen« wurden. Außerdem existieren faktisch Kündigungsschutzregeln nicht mehr, da je nach Bedarf die Ware Arbeitskraft wieder an die PSA zurück gegeben werden kann. Kündigungen sollen außerdem dadurch seltener werden, dass Arbeitnehmer entweder kostenlos auf Probe, gegen geringes Entgelt oder im Rahmen von Trainingsmaß-

nahmen eingestellt werden können. Für den Kunden Arbeitgeber heißt das u. a., dass die Kosten für das eigene Personal sinken könnten. Doch den Arbeitgebern soll es auch nicht zu leicht gemacht werden, denn künftig müssen sie Arbeitsplatzbilanzen erstellen. Wer niemanden freisetzt, d. h. entlässt, oder gar jemanden einstellt – wenn die Bilanz also neutral oder gar positiv ist –, der erhält eine Belohnung in Form von Nachlässen bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung. Konsequenz wird damit der Prinzipienbruch fortgesetzt, der bereits bei der teilprivatisierten Riester-Rente einsetzte: Während bei der neuen Rente die Arbeitnehmer letztlich höhere Beiträge als die Arbeitgeber leisten müssen, erhalten die Arbeitgeber bei Umsetzung der Hartz-Ideen einen Nachlass bei der Arbeitslosenversicherung. Ursprünglich galt, dass die Beiträge von beiden je zur Hälfte zu zahlen sind.

Arbeitslose sollen allerdings nicht allein auf die Dienstleistungen von BA und PSA zurück geworfen sein, sondern sich selbständig machen können. Der von Hartz dafür gefundene Terminus heißt »Ich-AG« resp. »Familien-AG« (Modul 9). Hier zeigt sich ein kreativer Umgang mit der Chimäre »Armuts-« bzw. »Sozialhilfefalle« und im Kampf gegen Schwarzarbeit, der zudem noch dem traditionellen »Familienernährer-Modell« verhaftet ist und somit trotz aller Gender-Mainstreaming-Ansprüche Frauen strukturell benachteiligt. Auf Grund der gegebenen geschlechterhierarchischen Arbeitsmarktstruktur werden Frauen in diesem Konzept nur »Mithelfende« sein. Mit den steuerlichen Regelungen, die Hartz für die Ich- bzw. Familien-AG vorsieht, wird ein weiterer Schritt in Richtung Kombi- und somit Niedriglohn gesetzt. Ähnlich wie die PSA-Aktivitäten liefert auch das Modell Ich-AG politisch höchst komfortable Nebenwirkungen: Zwar entstehen nicht wirklich neue Arbeitsplätze, aber weder Leih- bzw. Zeitarbeiter noch Ich-AG-Kleinunternehmerinnen belasten die Arbeitslosigkeitsstatistiken. Ein weiterer möglicher Effekt sowohl der »Ich-AG« als auch der organisatorischen und finanziellen Neuaufteilung der steuerfinanzierten Transferleistungen Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Modul 6) liegt in der Abschaffung des faktischen Mindestlohn- bzw. Basiseffekts, der durch die Sozialhilfe gegeben war. In Tarifaueinandersetzungen kann nicht mehr auf das sozio-kulturelle Existenzminimum, das de jure durch die Sozialhilfe gewährleistet sein sollte, verwiesen werden. Denn das künftige Sozialgeld wird ausschließlich »würdigen Armen«, sprich Arbeitsunfähigen, zuteil und bildet somit nicht mehr zwangsläufig eine untere Grenze für Löhne. »Wenn ein gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, dass die Hilfeleistung an arbeitsfähige, aber nicht arbeitende Hilfeempfänger das sozio-kulturelle Existenzminimum unterschreiten kann, dann verliert die Sozialhilfe ihre Funktion als impliziter Mindestlohn« (Feist 2000: 66, vgl. auch ebd.:120).

Die ursprüngliche Funktion der Sozialhilfe, »Ausfallbürge« für besondere Notlagen zu sein, wird aufgegeben, da Sozialgeld nur für wirkliche, weil arbeitsunfähige Bedürftige gezahlt wird.

## Leitbild-Politik

Ähnlich wie zuvor die Zukunftskommissionen der Freistaaten Sachsen und Bayern sowie die der Friedrich-Ebert-Stiftung ist der Bericht darauf abgestellt, ein neues Leitbild in die Gesellschaft zu tragen. Leitbilder dienen dazu, sowohl gegenwärtige Probleme als auch ihre Lösungen aus einer bestimmten Perspektive wahrzunehmen, was in der Regel heißt, sie auf diese Wahrnehmung zu verkürzen. Diese veränderte Sicht soll im Bewusstsein der Bevölkerung normativ durchgesetzt werden.

Es geht darum, ein neues Verständnis von »Sozialstaat« zu etablieren. Ideologischer Bezugspunkt ist der »aktivierende Staat«, mit dem sich die Bundesregierung schon 1999 ausdrücklich von dem Vorgängerkonzept des »Schlanken Staates« abgrenzte. Dieses Konzept sei »zu sehr auf die Reduzierung öffentlicher Aufgaben beschränkt« gewesen und habe so »lediglich eine negative Zielbestimmung« gehabt.

Der »aktivierende Staat« soll sich aber auch vom fürsorgenden, zentralistischen, intervenierenden Staat der fordistischen Ära absetzen. Er soll die Gesellschaft nicht direkt steuern, sondern ihr bei ihrer »Selbstentfaltung« moderierend zur Seite stehen. Mit Stichworten wie Supervisor, Moderator, Schmiermittel oder Schiedsrichter werden die neuen Aufgaben des Staates beschrieben.

Im Gegensatz zum Konzept des schlanken Staates des traditionellen Neoliberalismus geht die Bundesregierung mit ihrem Leitbild des »aktivierenden Staates« deutlich über das hinaus, was unter »Deregulierung« und »Sozialabbau« verstanden wird: Es soll ein tatsächlicher Umbau inklusive Abbau stattfinden. In Übereinstimmung mit den beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU stellt die gegenwärtige Bundesregierung ihre Arbeitsmarktpolitik auf vier Säulen:

Employability bzw. *Beschäftigungsfähigkeit vorwiegend über lebenslanges Lernen*;

Entrepreneurship bzw. *Entwicklung des Unternehmertums und Schaffung von Arbeitsplätzen*;

Adaptability bzw. *Förderung der Anpassungsfähigkeit der Unternehmer und ihrer Beschäftigten* und

nicht zuletzt *Gender Mainstreaming* als Leitlinie zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern.

Das im Fordismus prägende »Normalarbeitsverhältnis« wird in diesem Konzept neu formuliert. Prägend für den Fordismus war die sozialstaatliche Regulation des

kontinuierlichen Lebenslaufs »Ausbildung – Arbeit – Rente«, der eingefasst in ein spezifisches Genderregime die soziale Sicherung strukturierte. In seinem normativen Gehalt umfasst das so genannte »Normalarbeitsverhältnis« eine enge Kopplung einer männlichen Erwerbsbiografie an eine weibliche Haushaltsbiografie: Spiegelbildlich gehörte zur »male bread winner family« die »female homemaker family«. Das »Normalarbeitsverhältnis« war mehr als ein empirischer Sachverhalt in dem Sinne, dass es eine statistische »Normalität« beschrieb, es hatte bis dato auch eine sozialrechtliche und lebensweltliche Normfunktion.

Seit mehreren Jahren wird eine Erosion dieser Norm und Normalität festgestellt, quantitativ sichtbar am stabilen Massiv der Massenarbeitslosigkeit und zunehmender prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Hinzu kommt eine veränderte Nutzung der Ware Arbeitskraft, die unter dem Stichwort »Arbeitskraftunternehmer« diskutiert wird. An dieser Stelle fügt sich die Erosion der normativen Kraft des alten Leitbilds an: Konservative und Neoliberale haben es vor allem auf die Schutzfunktionen des alten Sozial- und Arbeitsrechts abgesehen, wenn sie ein Mehr an Flexibilität und weniger Bürokratie fordern.

Aus den Reihen der Neuen Sozialen Bewegungen ertönt eine Kritik, die vor allem gegen den starren Lebenslauf gerichtet ist, während aus feministischer Perspektive die geschlechterhierarchische Arbeitsteilung kritisiert wird. Anders als bei den Konservativen und Neoliberalen intendierte diese Kritik am »Normalarbeitsverhältnis« keineswegs eine weitere Unterwerfung des Lebens unter die Zwänge der Ökonomie. Begriffe wie »lebenslanges Lernen« assoziierten in diesem Verständnis individuelle Befreiung und nicht ökonomischen Zwang zur ständigen Anpassung an den Arbeitsmarkt. Ähnliches gilt für Ideen aus dem Bereich der Alternativen Ökonomie bzw. Formen der Eigenarbeit, wie sie heute unter dem Stichwort »Dritter Sektor« diskutiert werden.

Während die Kritik am Normalarbeitsverhältnis noch anhielt, konstruierten andere bereits neue Leitbilder aus den Elementen dieser Kritik. Was die einen zur Beschreibung sich tatsächlich abspielender Wandlungen heranziehen, dient den anderen als Grundlage, weitergehende Wandlungsprozesse einzufordern und gleichzeitig mitzuteilen, wie diese auszusehen haben: »Der Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge«, lautet das Leitbild der sächsisch-bayrischen Zukunftskommission. Mit diesem Leitbild übertrug die Kommission die Veränderungen in der Produktionsweise, die sie verallgemeinernd als Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft umschreibt, vor allem jedoch die neuen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte, auf die gesamte Gesellschaft.

Aber nicht allein die Leitidee des Unternehmerischen,

sondern auch die spezifische Rationalität des Denkens von Managern wird zum Wegweiser der Organisation des Lebens erhoben.

Anders als der Idealtypus des »Arbeitskraftunternehmers« ist das »unternehmerische Selbst« keine empirisch zugängliche Figur: »Das unternehmerische Selbst hat weder Namen noch Adresse« (Bröckling 2002). Es ist zunächst ein reines Leitbild, eine Denkfigur für einen neuen Gesellschaftsvertrag, ein Neo-Schumpeterianismus als Grundlage eines neuen Menschen, kurz, eine angestrebte weitere Ökonomisierung des Sozialen und des Lebens insgesamt im Blick und in der Perspektive des Unternehmerischen.

## **Postfordistische Regulation: Rückkopplung der Arbeitskraft an das Marktrisiko**

Die sozialstaatliche Regulationsweise scheint sich grundlegend zu ändern: Im Unterschied zum fordistischen Sozialstaat, der vor allem einen kontinuierlichen Lebenslauf regulierte, steht im postfordistischen Sozialstaat bzw. »nationalen Wettbewerbsstaat« die Regulation der Diskontinuität bzw. der in der Gesellschaft bestehenden vielfältigen Möglichkeiten im Vordergrund. Das scheint gleichermaßen für die Arbeitsmarkt- wie die Sozialpolitik zu gelten. Für den Fordismus bleibt festzustellen, dass über eine relative Abkopplung der Existenzsicherung von der Lohnarbeit bzw. der Lohnarbeit vom Marktrisiko verhandelt wurde. Im Postfordismus ist die Regulation eher durch eine erneute Ankopplung geprägt, wobei es zentral »um den Grad an Unsicherheit, der den Arbeitskraftbesitzern zugemutet werden kann und soll« (Dörre 2002: 401), geht. Gero Lenhardt und Claus Offe haben bereits Ende der siebziger Jahre in ihrem Beitrag »Staatstheorie und Sozialpolitik« darauf hingewiesen, dass sich historisch eine aktive Proletarisierung bzw. die Herausbildung von Lohnarbeitern nicht automatisch ergebe, wenn sich die bisherigen Reproduktionsbedingungen der Menschen im Zuge der Industrialisierung wandeln. Sie verwiesen auf funktionale Äquivalente zur Lohnarbeit – wie z. B. Diebstahl, Bettelei – und argumentierten, dass Sozialpolitik »die staatliche Bearbeitung des Problems der dauerhaften Transformation von Nicht-Lohnarbeitern in Lohnarbeiter« sei (Lenhardt/Offe 1977: 101). Für die postfordistische Regulation kann behauptet werden, dass es sich hierbei in der Tendenz um die staatliche Bearbeitung des Problems der ständigen Transformation vom verberuflichten Arbeitnehmer zum unternehmerischen Selbst bzw. zum Arbeitskraftunternehmer handelt.

Ein derartiger Umbau bedarf der Legitimation. Die Transformation der sozialstaatlichen Regulation ging und geht einher mit einer bestimmten Diagnose von externen, internen und endogenen Ursachen einer Krise des Sozialstaats, oder wie Claus Offe (1995) es nennt: »Schock, Fehlkonstruktion oder Droge«. In der Arbeitsmarktpolitik wie in anderen Politikbereichen wurden zunächst externe Gründe für die Sozialstaatskrise zu Sachzwängen erklärt: Auf der einen Seite die alles umfassende Globalisierung, auf der anderen der ebenso naturalisierte »demographische Faktor«. Ergänzend hoben Regierung, Arbeitgeber, aber auch Gewerkschaften interne Gründe, also Fehlkonstruktionen des Sozialsystems, hervor: Starre Arbeitsmarktregularien, zu viel Bürokratie, Lohnabstandsgebot als Fehlanreize – insgesamt Inflexibilität. Nicht zuletzt wurden auch endogene Gründe angeführt, indem auf das vom Sozialstaat induzierte Anspruchsdenken verwiesen wurde, das Missbrauch und Müßiggang hervorruft: die Sozialstaatskrise als self-inflicted damage.

## **Gegen den Zwang zum Konsens**

Bei der Diskussion des Hartz-Konzepts gilt bisher die Devise: nicht zerreden, nicht bekritteln, sondern konstruktiv diskutieren, wobei Konstruktivität anscheinend voraussetzt, die Prämissen zu akzeptieren. Die SPD hat eigens zwei Tage nach der Hartz-Präsentation eine Parteikonferenz abgehalten, um den Bericht per Akklamation durchzuwinken. Einen Tag später sekundierte Fritz Kuhn für den Grünen-Parteivorstand: »Wer jetzt blockiert oder schmolzt – weil er kein eigenes umfassendes Konzept hat – macht das auf dem Rücken der Arbeitslosen.«

Vor der öffentlichen Präsentation durfte es keine Kritik geben, denn diese wäre – so wurde argumentiert – in Unkenntnis des gesamten Wurfs geschehen. Nach dem 16. August darf es keine Kritik geben, denn jetzt müsse kräftig zugepackt statt lamentiert werden. Bereits der Hartz-Bericht enthielt – in Modul 13 (»Profis der Nation«) – einen Aufruf zur totalen Mobilmachung: »Es ist nicht damit getan, die Lösung des Problems alleine den Politikern, den Gewerkschaftern, den Unternehmern oder gar den Arbeitslosen zu überlassen. Vielmehr ist jeder gefordert, sich auf sein spezifisches Können und auf seine Stärken zu konzentrieren und mit anzupacken, wo immer es geht«.

Was soll auch an einem Bericht kritisiert werden, der von unabhängigen ExpertInnen in Einklang mit VertreterInnen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften verabschiedet wurde? Hier nimmt eine Konsensual-Expertokratie Form an, deren Deutungen und Vorschläge demokratische Meinungsbildung offensichtlich nicht benötigen.

Schon der politische Inhalt des Hartz-Papiers ist nicht allein neoliberal, die Art und Weise der Durchsetzung sind es schon gar nicht. Als »Marktradikalismus, gemildert durch eine demonstrative Konsens- und Kompromissbereitschaft; Leistungsorientierung, in gewisser Weise abgefedert durch soziales Verantwortungsbewusstsein« bezeichnet Christoph Butterwegge (2002, 317) die Leitlinie der rot-grünen Politik. *Neoliberalismus plus* ist vielleicht zutreffender. Im Mittelpunkt steht das staatlich geförderte und vor allem geforderte Marktsubjekt, der gemeine homo oeconomicus mit ebenso staatlich suggerierten, letztlich aber verinnerlichten Zweifeln: Was gibt mir die Gemeinschaft, was muss ich ihr geben? Zielperson ist die »Ich-AG«, der Arbeitskraftunternehmer – Boss, Betriebsrat, Kollege und schlichte Ware Arbeitskraft in einem. Das Plus sind das schlechte Gewissen, die verinnerlichte Leistungsbereitschaft, der konsensuale Zwang zur Arbeit und der diskursive Zwang zum Konsens, durchgesetzt von den Profis der Nationen, durchgesetzt mit Orwellschem Neusprech: Statt von Zwang zur Arbeit wird von »Fordern und Fördern« gesprochen, statt von Pflichtarbeit von »Hilfe zur Arbeit«. Statt das Ziel des forcierten Abbaus sozialer Schutzrechte zu benennen, werden Arbeitslose zu KundInnen geadelt, denen die Dienstleistung unter Androhung von Sanktionen aufgezwungen wird. Die Alternativen liegen zunächst in einer Verweigerung »gesamtgesellschaftlichen Co-Managements« (Redaktion Sozialismus, 2002), in der Verweigerung des totalen Konsens, dann aber auch im Entwickeln eigener Leitbilder gegen den neoliberalen, neosozialdemokratischen Mainstream. Capitalism sucks! Warum nicht eine Gewissheit der globalisierungskritischen Bewegung aufgreifen und so den gewissheitsproduzierenden Weg der Neuen Mitte kreuzen? Statt Niedriglöhnen zuzustimmen gilt es, Arbeitszeitverkürzung, Mindestlöhne und ein existenzsicherndes Grundeinkommen für jede und jeden umzusetzen. Statt sich im beschwichtigenden Co-Management in der deutschen Standort- und Wettbewerbsgemeinschaft zu üben gilt es, unterschiedliche Interessen kenntlich zu machen: gegen die weitere Ökonomisierung des Sozialen, gegen die Ökonomisierung des Lebens.

#### Literatur

- BDA (2002): Zusammenfassung und Bewertung der Vorschläge der Kommission »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz-Kommission). Ms. o.O.
- Bröckling, Ulrich (2002): Gendering the enterprising self. Subjektivierungsprogramme und Geschlechterdifferenzen in Erfolgsratgebern. Vortrag beim Internationalen Symposium »Welcome to the Revolution«, Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich. In: [http://www.ith-z.ch/m/revolution/text/view\\_111](http://www.ith-z.ch/m/revolution/text/view_111).
- Butterwegge, Christoph (2002): Eine kritische Bilanz der rot-grünen Sozialpolitik. In: Eicker-Wolf u. a., 313-342.
- Candeias, Mario / Deppe, Frank (Hg.) (2001): Ein neuer Kapitalismus? Hamburg.
- Dörre, Klaus (2002): Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus. Wiesbaden.
- Eicker-Wolf, Kai u. a. (Hg.) (2002): »Deutschland auf den Weg gebracht.« Rot-Grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Marburg.
- Feist, Holger (2000): Arbeit statt Sozialhilfe. Zur Reform der Grundsicherung in Deutschland. Tübingen.
- Hickel, Rudolf (2002): Kurzkomentar zur Vorlage des Hartz-Berichts »Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt«. In: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m2602.pdf>.
- Initiative (2002): Initiative für eine sozialstaatlich orientierte aktive Arbeitsmarktpolitik. In: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/initiative.pdf>
- Kaltenborn, Bruno (2001): Kombilöhne in Deutschland. Eine systematische Übersicht. IAB Werkstattbericht Nr. 14.
- Kaltenborn, Bruno / Pilz, Lars (2002): Kombilöhne im internationalen Vergleich. Eine Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. IAB Werkstattbericht Nr. 10.
- Kommission (1997): Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Bonn
- Lenhardt, Gero / Offe, Claus (1977): Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsansätze der Sozialpolitik. In: Christian v. Ferber / Franz-Xaver Kaufmann (Hg.): Soziologie und Sozialpolitik, SH 19 Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, 98-127.
- Lessenich, Stephan (1999): Vorwärts - und nichts vergessen. Die neue deutsche Sozialstaatsdebatte und die Dialektik sozialpolitischer Interventionen. In: Prokla 116, Jg. 29, Nr. 3, 411-430
- Negri, Antonio / Hardt, Michael (2002): Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt am Main
- Offe, Claus (1995): Schock, Fehlkonstrukt oder Droge? Über drei Lesarten der Sozialstaatskrise. In: Fricke, Werner (Hg.): Zukunft des Sozialstaats. Jahrbuch Arbeit und Technik 1995. Bonn, 31-41.
- Redaktion Sozialismus (2002): Allianz der Profis. Das Hartz-Papier vom 16.08.2002. In: <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=721>.
- Schröder, Gerhard / Blair, Tony (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ms., <http://www.spd.de/suche/archiv/perspektiven/01.html>
- Sinn, Werner u.a. (2002): Aktivierende Sozialhilfe. Ein Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum. In: ifo Schnelldienst, Jg. 55, Nr. 9.
- Ver.di (2002): Aktivieren als Zauberformel. Zur Kritik der ifo-Studie »Aktivierende Sozialhilfe. Ein Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum«. Ver.di Bundesvorstand Berlin – Ressort 2, Ms. Berlin
- Zahn, Dieter (2002): Mythen gegen den Sozialstaat. RLS-Standpunkte 1/2002.

#### Quellen

- ASMK (2000): 77. Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der Länder, Konzentrierte Aktion zur Überwindung von Sozialhilfebedürftigkeit, Ms.
- Bundesregierung (1999): Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Leitbild und Programm der Bundesregierung. Kabinettsbeschluss vom 01.12.1999.
- BT-Drs. 10/6055: Antwort der Bundesregierung, auf die Große Anfrage der Abgeordneten Bueb u.a. und der Fraktion Die Grünen »Armut und Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland« vom 24.09.1986.
- BT-Drs. 14/6951: Antrag der Abgeordneten Irmgard Schwaetzer u.a. und Fraktion der FDP »Für eine beschäftigungsorientierte und aktivierende Sozialpolitik – Sozialhilfe und Arbeitsmarktpolitik grundlegend reformieren« vom 25.09.2001.
- Kommission Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (2002): Vorschläge der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit. Berlin

#### Quellen im Internet

- Bericht der Kommission im Internet:  
[http://bmairacer.workbox.de/Hartz-Kommission/download/Bericht\\_gesamt.pdf](http://bmairacer.workbox.de/Hartz-Kommission/download/Bericht_gesamt.pdf)  
 Weitere Informationen auf der Seite des BMA:  
[www.bma.bund.de/index.cfm?F63F2DBDC9D04D57BAE7010C2BBCECDA](http://www.bma.bund.de/index.cfm?F63F2DBDC9D04D57BAE7010C2BBCECDA)  
 Ältere Versionen des Hartz-Papiers auf der Seite der Arbeitnehmerkammer Bremen:  
[www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik/seiten/1\\_politik\\_arbeitsmarktreform.htm](http://www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik/seiten/1_politik_arbeitsmarktreform.htm)

#### Stellungnahmen/Linksammlungen

- Labournet Deutschland:  
[www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/modelle/hartz/kommentare.html](http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/modelle/hartz/kommentare.html)  
 Arbeitnehmerkammer Bremen:  
[www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik/seiten/1\\_politik\\_arbeitsmarktreform.htm](http://www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik/seiten/1_politik_arbeitsmarktreform.htm)